

Wirtschaftliche Folgen des EWR-Neins von 1992: Fakten und Irrtümer

Hans Kaufmann, alt-Nationalrat, Wettswil

Immer wieder versuchen Politiker, Spitzenkräfte der Wirtschaft und sogar Wirtschaftsverbände wie die Economiesuisse die Wachstumsschwäche der Schweiz in den Neuzigerjahren auf das EWR-Nein vom Dezember 1992 zurückzuführen. Ein simpler Faktencheck zeigt jedoch ganz andere Gründe auf. Vorerst zur Feststellung, dass das Wirtschaftswachstum in den 90-er Jahren schwächer ausfiel als in der EU. Diese Feststellung ist korrekt. Dabei ist zu bedenken, dass gerade Deutschland damals vom Wiedervereinigungseffekt wirtschaftlich profitierte. Wenn man das Wachstum des Euroraums, der EU und der Schweiz seit 1992 bis heute (2013) vergleicht, dann stellt man fest, dass die Schweiz (1993-2013) um 43%, die EU um 45%, der Euroraum aber nur um 35% gewachsen ist. Die Schweiz hat die Wachstumsdelle der 90er-Jahre somit wieder aufgeholt. Das Wachstum der letzten Jahre konnte in der EU aber nur unter Inkaufnahme einer massiven Staatsverschuldung erzeugt werden, während die Schweiz dank der Schuldenbremse heute auf eine verkraftbare Staatsverschuldung blicken kann. Die Nicht-Euro-Länder bestehen im Wesentlichen aus Grossbritannien, Skandinavien und den ehemaligen Ostblockländern. Letztere profitierten von der Marktöffnung, während Grossbritannien ebenfalls einen enormen Verschuldungsschub erlebte, der nicht durch Anleger, sondern praktisch vollständig durch die BoE finanziert wurde.

Grund 1: Rekordhohe Zinsen

Kurz vor der EWR-Abstimmung erreichten die Zinsen in der Schweiz Allzeitrekordhochs, die Hypothekarzinsen im Januar 1991 mit 7.99%, die Staatsanleihen im Juni 1992 mit 6.92% und die Spareinlagen im Oktober 1992 mit 5.13%. Die SNB wollte mit ihrer Hochzinspolitik den damaligen Immobilienboom und das Kreditwachstum bremsen, was ihr auch gelungen ist.

Grund 2: Einbruch des Immobilienmarktes

Die Immobilienpreise sanken wegen der hohen Hypothekarzinsen in der Folge bis 1999 um gegen 30%: Altbau Miete -36%, Neubau Miete -38%, Eigentumswohnungen -22%, Einfamilienhäuser -25%, Büros -31%, Gewerberäume -29%. Dies zeigen die Wuest und Partner Indices, die auch von der SNB als Indikator für die Preisentwicklung am Immobilienmarkt akzeptiert sind. Die Leerstandsquoten stiegen von 0.43% im Jahre 1989 bis 1998 auf 1.85% an, die Anzahl unvermieteter Wohnungen von 13'000 auf 64'200. Zwischen dem Höchststand im Jahre 1990 bis zum Krisentief 2001 sank die reale Bautätigkeit um 13%. Ohne Bau ist das BIP in dieser Zeit um 39% gewachsen, mit Bau um 31%. Der Einbruch der Bautätigkeit hat somit 8 Prozent Wachstum gekostet.

Grund 3: Einbruch der Kreditvergabe der Banken

Die Verluste im Hypothekarbereich, die auf rund CHF 40 Mrd. geschätzt werden, veranlassten die Banken zu einer vorsichtigeren Kreditvergabe. In der Spitze stellte sich das Wachstum der Hypothekarkredite auf 13.7% (1989), danach sackte der Zuwachs auf nur noch 0.9% (2000) ab. In den 5 Jahren vor dem Immobiliencrash wurden pro Jahr für rund CHF 30 Mrd. neue Hypotheken ausgeben. In den Folgejahren halbierte sich dieses Volumen auf rund CHF 14 Mrd. Die Banken kürzten aber nicht nur die Hypothekarkredite. Viele Betriebskredite wurden ja auch gegen hypothekarische Sicherheiten gewährt. Als die Pfanddeckung schrumpfte, wurden auch diese Kredite an Unternehmen zurückgefahren.

Grund 4: Aufwertung des Frankens

Entgegen den Prognosen hat der Franken nicht abgewertet, sondern bis 2015 teils massiv aufgewertet. Damals existierte der Euro zwar noch nicht aber der ECU, der dem Euro gleichzusetzen ist. Selbst der ECU/EUR hat von Ende 1992 bis Ende 1995 um 14% nachgegeben. Die Exportwirtschaft sah sich aber mit einer generellen Abwertung der wichtigsten damaligen Handelswährungen konfrontiert: LIT -34%, USD -20%, GBP -19%, FF -12%, DM -10%. Handelsgewichtet gegenüber 24 Länder wertete der CHF in dieser Periode um 14.5% auf.

Grund 5: Systemwechsel Warenumsatzsteuer zu Mehrwertsteuer

Nachdem bis 1994 der Ertrag der Warenumsatzsteuer jeweils pro Jahr um rund CHF 400 Mio. bis CHF 700 Mio. angestiegen war, resultierte aus dem Systemwechsel 1995 ein Einnahmensprung um CHF 3 Mrd. Bezogen auf die damaligen Konsumausgaben der Haushalte (CHF 235 Mrd.) entsprach dies einer Mehrbelastung von 1.3%. Bezogen auf das damalige BIP von CHF 404 Mrd. von 0.74%. Dass eine solche Zusatzbelastung, die weit über den erwarteten Zusatzeinnahmen von CHF 1.5 Mrd. lag, die Wirtschaft dämpfte, verwundert nicht. Erstaunlicherweise hat selbst die Wirtschaft diese fatale Falschinformation im Vorfeld der Volksabstimmung nie kritisiert. Zwischen 1992 und 2000 stieg der Mehrwertsteuerertrag um 69% an, das nominelle BIP aber nur um 20.3%.

Konklusion: Auch wenn man eine Aussage immer wieder wiederholt, wird sie nicht wahr. Die Wirtschaftsverbände und die Anti-SVP-Politiker täten gut daran, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen als gebetsmühlenartig Falschheiten zu verbreiten. Es war nicht das EWR-Nein, das zur Wachstumsschwäche der 90er-Jahre geführt hat, sondern die Geldpolitik der SNB, die mit ihrer Hochzinspolitik den Immobilienmarkt zusammenstutze, gleichzeitig aber auch Geld in den Franken anzog, was zu einer enormen Aufwertung des CHF von handelsgewichtet 14.5% führte. Die Banken erlitten wegen den einbrechenden Immobilienpreisen und den hohen Leerständen grosser Verluste, die sie zu einer zurückhaltenden Kreditpolitik zwangen. Und schliesslich hat 1995 der Systemwechsel der Konsumbesteuerung, von der WUST zur Mehrwertsteuer, die Kaufkraft der Konsumenten massiv geschwächt. Die Kumulation dieser negativen, mehrheitlich von der Politik verursachten Problem sind hausgemacht und haben nichts mit dem EWR-Entscheid zu tun.

23.10.2014